

Bildungsrepublik muss ernsthaftes Ziel bleiben

VBE-Bundesvorsitzender auf Neujahrsempfang des Bundespräsidenten



Gegenüber Bundespräsident Christian Wulff betonte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann auf dem Neujahrsempfang am 13. Januar im Schloss Bellevue, Deutschland müsse Bildungsrepublik werden. Der VBE dringe darauf, dieses Ziel ohne Abstriche zu verwirklichen.

Im Gespräch v.l.n.r. Bettina Wulff, VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann, Bundespräsident Christian Wulff

Einkommensrunde 2011 im Länderbereich beginnt

Die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beginnen am 04. Februar in Potsdam. Es geht dabei um die Bezahlung der 800 000 tarifbeschäftigten Mitarbeiter im öffentlichen Dienst der Länder. 200 000 davon sind tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer. Der VBE sitzt unter dem Dach der dbb Tariffunion in der Verhandlungskommission. „Die Tarifverhandlungen müssen zu einem Einkommensplus für den öffentlichen Dienst führen“, erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. „Eine Erhöhung der Entgelte um 50 Euro und drei Prozent plus ergeben 5 Prozent mehr und sind angemessen. Die Ergebnisse der Einkommensrunde 2011 müssen zeitgleich auch in den Beamtenbereich übertragen werden.“ In den bevorstehenden Tarifverhandlungen müsse außerdem ein deutliches Signal gegeben werden, dass die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte Bestandteil der Einkommensrunde bleibe, ohne dass diese auf die allgemeine lineare Erhöhung angerechnet werde. Udo Beckmann hatte dies auch gegenüber TdL-Verhandlungsführer Hartmut Möllring, dem niedersächsischen Finanzminister, gesagt. Das Gespräch fand am Rande der dbb-Arbeitstagung im Januar in Köln statt.

„Der Lehrerberuf ist ein schöner Beruf. Damit das so bleibt, muss die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer anerkannt werden, und das nicht nur mit Worten“, stellte Jens Weichelt, stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender für den Tarifbereich, in Dresden klar. Unter dem Motto „Wir machen das. Wer sonst!“ wurde auf dem Lehreraktionstag am 26. Januar in Dresden für ein höheres Ansehen des Lehrerberufes geworben. Jens Weichelt (Bild unten links, Mitte), zugleich Vorsitzender des Sächsischen Lehrerverbands im VBE (SLV), bekräftigte, es müsse dringend ein Ausgleich erfolgen, damit man Lehrer nicht überlaste und die Qualität von Bildung und Erziehung erhalten bleibe. Allein in Sachsen würden in den nächsten zehn Jahren 15 000 von 33 000 Lehrern in den wohlverdienten Ruhestand gehen, weshalb unbedingt junge Lehrer eingestellt werden müssten.

Sächsische Kolleginnen und Kollegen informierten auf dem Aktionstag über den Lehrerberuf und die konkreten Arbeitsbedingungen. Öffentlichkeitswirksam zersägten sie einen sieben Meter langen Rotstift und wiesen auf die andauernde Sparpolitik im Bildungsbereich hin. Der Lehreraktionstag wurde von dbb Tariffunion, Verband Bildung und Erziehung (VBE) mit seinem Landesverband SLV und den anderen dbb-Lehrerorganisationen veranstaltet. In der Woche vom 24. bis 28. Januar fanden im Vorfeld der Einkommensrunde 2011 bundesweit Straßenaktionen verschiedener Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes statt, um auf ihre Leistungen am Arbeitsplatz, aber auch auf besondere Belastungen aufmerksam zu machen und um Unterstützung zu werben.



VBE fordert Harmonisierung der Lehrerbildung

„Die Bologna-Reform hat in der Lehrerausbildung zu einem Chaos pur geführt.“ Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, und Oliver Arlt, Bundessprecher der Arbeitsgemeinschaft der jungen Lehrerinnen und Lehrer im VBE (Adj), kritisierten in einer gemeinsamen Stellungnahme Mitte Januar, die Länder hätten sich nach wie vor nicht auf einheitliche Abschlüsse verständigen können. „Die KMK hat über Jahre die nötige Harmonisierung vor sich hergeschoben und sich in inhaltliche Standards für die Lehrerausbildung geflüchtet. Das ist Kleinstaaterei und kein vorzeigbarer Kulturföderalismus. Besonders in Zeiten des Lehrermangels verschärft sich das Problem“, so Udo Beckmann. „Der VBE erwartet von den Kultusministern dringend die Harmonisierung der Lehrerausbildung“, betonte der VBE-Bundesvorsitzende. „Auch für Lehrer muss es endlich vergleichbare Abschlüsse geben. Absolventen von Lehramtsstudiengängen, die im eigenen Bundesland keine Chance in ihrem gewünschten Beruf bekommen, müssen ohne Hürdenlauf ins Nachbarland wechseln können, wenn dort händeringend junge Lehrer gesucht werden.“

Das Thema hatte auch im Mittelpunkt des Adj-Seminars im Dezember 2010 in Leipzig gestanden. Die Teilnehmer aus ganz Deutschland kritisierten, es sei unmöglich, einheitliche Regeln für einen etwaigen Bundeslandwechsel aufzustellen. „Das Gerede von der besseren europäischen Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse klingt in den Ohren von Lehramtsstudierenden wie Hohn“, stellte Adj-Bundessprecher Oliver Arlt (im Bild rechts) fest. „Überall wird Mobilität beschworen, aber für Lehrer ist an den jeweiligen Ländergrenzen Schluss, weil es keinerlei einheitliche Regeln für einen Bundeslandwechsel gibt.“ Wenn ein Lehrer wegen einer neuen Anstellung das Bundesland wechseln müsse oder möchte, gelte es Hürden zu überspringen, die unüberbrückbar scheinen. Arlts Fazit lautete: „Nach Abschluss der mehrjährigen Lehrerbildung mit Studium und Vorbereitungsdienst als Praxistest stehen den Junglehrern alle Wege offen, solange sie nicht eine Ländergrenze überschreiten müssen. Nur mit der Einführung vergleichbarer und vor allem gleichwertiger Abschlüsse lassen sich Arbeitsplatzwechsel über Ländergrenzen zügig und unbürokratisch durchführen. Nur mit einheitlichen Standards kann die Diskrepanz zwischen Lehrermangel in den einen und Lehrerüberschuss in den anderen Bundesländern beschleunigt aufgelöst werden.“



Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen behalten das Staatsexamen bei. Baden-Württemberg bildet den Lehrernachwuchs für Grund-, Haupt- und Realschulen als einziges Bundesland an Pädagogischen Hochschulen aus. In anderen Bundesländern schließt das Lehramtsstudium nur mit einem Master light ab und die fehlenden 60 Leistungspunkte zum vollen Master sollen im Vorbereitungsdienst erworben werden. Eine positive Ausnahme bildet NRW. Dort haben alle Lehramtsstudiengänge eine gleichlange universitäre Ausbildung und schließen mit einem vollen Master ab. Völlig inakzeptabel ist es, dass nicht in allen Ländern Bachelor-Absolventen ihr Lehramtsstudium mit einem Masterstudiengang weiterführen können, weil die Masterplätze nicht ausreichen. Ebenso unsicher ist die Berufsperspektive für Masterabsolventen, die in ihrem Land nicht im Vorbereitungsdienst unterkommen, weil die Plätze zu knapp sind.

Bund-Länder-Kooperationsverbot im Bildungsbereich stoppen



Die derzeitigen Vermittlungsgespräche zum Bildungspaket für bedürftige Kinder nahm VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann zum Anlass, erneut das bestehende Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich zu kritisieren. „Der VBE dringt darauf, das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich zu stoppen. Nur so können die Gelder gebündelt dort investiert werden, wo tatsächlich mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht werden kann. Wir brauchen mehr Investitionen in den frühkindlichen Bereich und eine Ganztagschuloffensive II. Die Schulen

müssen so ausgestattet werden, dass jedes Kind individuell gefördert werden kann“, sagte Udo Beckmann. „Es ist ein Skandal, dass die Schulen gezwungen werden sollen, für ihre Schüler Förderbedarf festzustellen und die Jobcenter dann private Nachhilfe empfehlen sollen. Gleichzeitig verweigert der Staat den Schulen die nötigen Förderbedingungen.“

Das Kooperationsverbot war auch Thema bei einem Gespräch zwischen Udo Beckmann und SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier (im Bild rechts) am Rande der dbb Arbeitstagung in Köln.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE